

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Bezugspreis beträgt 10 Pfennig und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnementpreise für den Monat (frei Haus 2 RM, halbmöndlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Wilsdrufferstr. 2 / Fernsprechnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 13355, Emil Schlegel-Str. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Druckpreise besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Auszahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Mittwoch, den 22. September 1926 Nummer 210

Polizeiprovokation gegen Erwerbslose

Blutige Zusammenstöße — Drei Tote, zehn Schwer- und zahlreiche Leichtverwundete Verbot öffentlicher Versammlungen

Breslau, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Breslauer Erwerbslosen veranstalteten gestern im Gewerkschaftshaus eine große Kundgebung mit anschließender Demonstration als Protest gegen die Auflösung des Erwerbslosenrates. Trotz dem die Demonstration nicht verboten war, hielten die Schupo-Offiziere ihre Mannschaften gegen die Erwerbslosenmassen, anzuleiten um die Demonstration aufzulösen. Infolge der zusammengehängten Massen kam es zu Heftigkeiten, was die Schupo-Offiziere zum Einsatz nahmen, sofort in die Massen einzudringen zu lassen, und zwar auch dann noch, als die Menge nach den ersten Schüssen fluchtartig auseinanderlief. Es fielen 3 Tote, 10 Schwerverwundete und zahlreiche Leichtverletzte fest. Wo in die späten Nachstunden wütete die Polizei in den Straßen von Breslau. Die Erregung unter den sozialdemokratischen Arbeitern, sowie unter den Mittelstufen ist genau so heftig, wie bei den Erwerbslosen.

Die Bourgeoisie bereitet das blutige Niederknien der Arbeiter vor. Breslau ist ein Signal, ist die andere Seite des Wandberg-Programms. Die Bourgeoisie legt ihre Nationalität, den Hinauswurf immer neuer Arbeiter, rücksichtslos und hart her. Die Forderungen der Erwerbslosen nach einer ausreichenden Unterstützung beantwortet die Ausbeuterbande mit Verhöhnungen von Erwerbslosen. Die Polizei trat brutal vorzugehen auf. Die Offiziere suchten schließlich nach einem Gang zum Vorgehen gegen die Demonstrationen.

Es handelt sich bei diesem Vorstoß der Polizei um eine planmäßige Aktion, die nicht auf die eine Stadt beschränkt bleiben soll. Die Bourgeoisie weiß, daß in diesem Herbst das Proletariat nur ungenügende Notlage entgegengeht. Durch das rücksichtslose Vorgehen in Breslau sollen die Arbeiter davon abgelenkt werden, sich gegen die Verelendung zur Wehr zu setzen. Die Erwerbslosen sollen keine Forderungen stellen. Die zweite Absicht, die mit der Provokation verbunden ist, ist die, daß man die Erwerbslosen von dem Gros der Arbeiter trennen, und so diese an einen von der Rot betroffenen Arbeiter glaubert niederknien will. Damit will man verhindern, daß die noch im Besitz befindlichen sich mit den Erwerbslosen solidarisieren. Man

sucht nach Gründen, die Arbeiter zu trennen. Die Erwerbslosen sollen wieder als Putschisten hingestellt werden. Durch an solche Zusammenstöße sich anschließende Verhaftungen will man den Erwerbslosen diejenigen Führer fortnehmen, die sich energisch für die Interessen der Erwerbslosen einsetzen.

Der Angriff, der in Breslau gegen die Erwerbslosen geführt wurde, richtet sich gegen die gesamte Arbeiterkraft.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor katastrophal. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung Sachsens teilt mit, daß in der vergangenen Woche in fast allen Berufsgruppen und Industriezweigen weiterhin ein Ueberangebot an Arbeitskräften herrsche. Selbst in der Landwirtschaft waren nur wenig offene Stellen, ebenso in der Metallindustrie, wo weitere Entlassungen zu erwarten sind.

Der blutige Angriff auf die Erwerbslosen ist der Auftakt zur Durchführung des Programms der Industriellen. Wie im Jahre 1923 geht die Ermordung von hungernden Proleten wieder los.

Die gesamte Arbeiterkraft muß sich gegen die neue, härtere einschneidende Terrorwelle der Kapitalisten und ihres Nachtapparates erheben. In den Betrieben, in den Erwerbslosenversammlungen muß sofort zu dem Blutbad in Breslau Stellung genommen werden.

Arbeiter, duldet nicht das blutige Niederknien eurer hungernden Klassengenossen und die Ermordung der Opfer des Kapitalismus. Freischert gegen die Polizeiprovokationen. Die Eisenerberg-Gesellschaft beginnt die Durchführung ihres Programms mit blutigen Angriffen gegen die Arbeiter. Organisiert die Abwehrfront, organisiert und propagiert den Kongreß der Werktätigen. Massenbeweismittel aller Arbeitenden an diesem Kongreß wird die wirksamste Antwort auf die Blutarbeit der Söldner des Kapitals.

Versammlungsverbot in Breslau

Breslau, 22. September. (Telefon.) Der Polizeipräsident hat wegen der blutigen Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Erwerbslosen Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

bers schwer betroffen sind Penicols und Mobile und mehrere weitere im Inlande gelegene Ortschaften. Alle Verbindungen mit Penicols und Mobile wurden unterbrochen. Der Sturm hatte eine Geschwindigkeit von 100 Meilen in der Stunde und hat viele Gebäude dem Erdboden gleich gemacht. Auch eine Kahlmeilensand und auch die Städte Seminola und Ellian zerstört. Dabei sind mehr als 10 Menschen ums Leben gekommen. Tausende von Flüchtlingen flüchten aus dem zerstörten Gebiet nach New Orleans.

Die Zahl der bei dem Wirbelsturm in Florida ums Leben gekommenen wird auf mehr als 1500 geschätzt. Hunderte werden noch vermisst. Die Zahl der Verletzten wird mit 5000 angenommen. Rund 4000 sind obdachlos geworden. Ueber Florida herrscht noch der Ausnahmezustand. Es wird mit dem Ausbruch von Epidemien gerechnet. Der ganze Landstrich ist noch immer ohne Licht. Das erschwert ungeheuer die Durchsuchung der Trümmerhaufen nach Verletzten.

Man hat es gleich einem einzigen Trümmerhaufen. Die Zahl der Verletzten geht in die Hunderttausende. In den Gebäuden, die dem Unwetter verfallen sind, wurden überall Lagersätze ein-gerichtet. Zahlreiche Personen haben, notwendig bekümmert, so gerettet. Zahlreiche Personen haben, notwendig bekümmert, so gerettet. Zahlreiche Personen haben, notwendig bekümmert, so gerettet.

Flüchtlinge berichten, daß in Kottischen ganz Häuser meilenweit fortgeschwemmt wurden. Die bekannten Kurshotels sind zerstört. Bewohner eines Hotels, die in den Keller flüchteten, wurden durch die Meeresfluten ertränkt. Von acht Passagierdampfern fehlt bisher jede Nachricht. Viele Familien sind aus-dem-merken, überall werden umherirrende Kinder aufgefunden und den Sammelstellen zugeführt. Bergwerksschichtarbeiter und den Sammelstellen zugeführt. Bergwerksschichtarbeiter und den Sammelstellen zugeführt.

80 Todesopfer in Hannover

Hannover, 22. September. Die Zahl der an Typhus Erkrankten in Hannover, soweit sie amtlich erfasst wurden, ist auf 1707 gestiegen. Die Zahl der Todesfälle hat sich auf 80 erhöht. Die Regierungskommission rechnet mit dem Abflauen der Krankheit. Die Regierungskommission rechnet mit dem Abflauen der Krankheit. Die Regierungskommission rechnet mit dem Abflauen der Krankheit.

Die Russlanddelegierten in Berlin

Massenkundgebung der Arbeiter.

Berlin, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Gestern abend die zweite Arbeiterdelegation in Berlin ihren ersten Bericht. Die Versammlungen gestalteten sich zu grandiosen Kundgebungen der organisierten Arbeiterkraft für die Sowjetunion. Das Volkshaus, in dem um 8 Uhr das Meeting stattfand, war bereits um 7 Uhr überfüllt. Eine Parabelsammlung war um 8 Uhr ebenfalls überfüllt, so daß große Massen keinen Einlass finden konnten. Die Mitgliedschaft der SPD war sehr stark vertreten, insbesondere SPD-Betriebsräte der Berg- und Kleinbetriebe. Der „Vorwärts“ machte wilde Propaganda durch Gratisverteilung tausender Exemplare gegen den „Vorwärts“, die Beschimpfungen in ihrem Leitartikel gegen die Delegierten enthielten. Die Berichte der Delegierten wurden mit großem Beifall aufgenommen.

In ihrem Artikel beklagt der „Vorwärts“ besonders die sozialdemokratischen Mitglieder der Delegation. Dann erklärt er, in Russland sei für die Arbeiter nichts gewonnen, die russischen Arbeiter seien die schlechtestbezahlten Arbeiter der Welt usw. Die Arbeiterdelegierten werden den „Vorwärts“-Redaktionen erklären, was sie in Russland gesehen haben.

Was in Dresden findet in den nächsten Tagen, wie mit anderen können eine große Kundgebung der Russlanddelegierten sein. Wir machen jetzt schon darauf aufmerksam. In Hamburg, in Berlin, in Leipzig, überall wurde der Empfang der Delegierten in einer gewaltigen Massenkundgebung. Die Arbeiter werden die demnächst erfolgende Veranstaltung gleichfalls zu einem wuchtigen Aufmarsch gestalten.

Treffpunkt der Delegierten in München

München, Gestern abend 9 Uhr trafen die südbayerischen Mitglieder der Arbeiterdelegation in München ein. Sie wurden mit dem Schuß von einer vielhundertköpfigen Menge von Arbeitern empfangen. Die Mitteilung von der Ankunft der Delegation war im Laufe des Tages von Mund zu Mund durch die Betriebe gegangen. Der Besuch der Polizei, den Zug zum Gewerkschaftshaus zu sprengen, mißlang. Der große Saal des Gewerkschaftshauses, in dem die ersten kurzen Berichte der drei Delegierten entgegengenommen wurden, war überfüllt.

Die Sturmkatastrophe in Nordamerika

New Orleans, 21. September. Der Wirbelsturm hat nach letzter berichteter Zerstörungen auf der Halbinsel Florida auch den Staat Alabama schwer heimgesucht und in einigen Städten schwere Verwüstungen angerichtet. Sejon-

Um was geht es im sächsischen Wahlkampf?

Der Landtagswahlkampf in Sachsen ist für das gesamte deutsche Proletariat bedeutsam, nicht nur weil er ein Maßstab der Reife des Klassenbewußtseins in einem der wichtigsten Industriegebiete Deutschlands sein wird, und eine Umgruppierung innerhalb der Volksmassen anzeigen kann, sondern auch dadurch, daß in diesem Kampfe die wichtigsten Fragen der proletarischen Politik und Taktik aufs neue aufgerollt werden.

Wir haben in der „Arbeiterstimme“ vom 15. und 16. September zu einem Artikel Schillingers Stellung genommen, in dem alle Koalitionsmöglichkeiten offen gelassen wurden und die Befehung von Regierungsposten durch Sozialdemokraten als einziges Ziel des Wahlkampfes erschien. Diese reformistische Auffassung löst offensichtlich auf den schärfsten Widerspruch innerhalb der sächsischen Arbeiterkraft. Die sächsische Parteipresse der SPD ist daher gezwungen, von Schillingers abzurücken. Das „Zwickauer Volksblatt“ vom 18. dieses Monats erklärt, daß das „was Schillingers perfid über die sächsische Politik in Sachsen sagt, keinesfalls verpflichtend für die sächsische Parteiorganisation“ ist. Was aber hat das „Zwickauer Volksblatt“ im Namen der sächsischen Organisationen der SPD zum Ziel der Wahlkampagne zu sagen?

„Wir sächsischen Sozialdemokraten gehen nach der Wahl in keine Koalition mit der Deutschen Volkspartei, wir können in eine solche Koalition nicht gehen. Unser Ziel im Wahlkampf ist die Eroberung einer legalistischen Parlamentsmehrheit, die Schaffung einer sozialdemokratischen Regierung, die Eroberung der politischen Macht im Staat.“

Dies ist zunächst bemerkenswert, daß nur die Koalition mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt wird, aber nicht die mit den Demokraten und mit den „Mittelständlichen“, obwohl eine parlamentarische Mehrheit für eine solche Gruppierung, einmündlich mit der Duldung der Deutschen Volkspartei, keineswegs unmöglich ist.

Aber ist es selbst, daß nicht die Koalition mit den bürgerlichen Parteien, sondern eine sozialdemokratische Regierung das Ziel der sächsischen Sozialdemokraten ist. Die Formulierung dieses Zieles und die Art, wie es angestrebt wird, zeigen, daß die Führer der sächsischen Sozialdemokratie aus den bitteren Erfahrungen des sächsischen und des deutschen Proletariats nichts gelernt haben.

Die Arbeiterkraft Sachsens hat die blutigen Erfahrungen des Jahres 1923 nicht vergessen. Eine Regierung Sud-Lipinski, die „sozialistisch“ hieß, aber genau wie eine bürgerliche Regierung die Erwerbslosen mit bloßen Worten fütterte, die konnte, gestützt auf eine parlamentarische Mehrheit, regieren. Aber der erste schwahe Versuch, durch den Zusammenschluß der kommunistischen und der sozialdemokratischen Arbeiter, den Kampf um die politische Macht im Staat ernsthaft aufzunehmen, wurde mit dem Reichswehrmarsch, mit blutigem Terror gegen die Arbeiterkraft beantwortet.

Hat sich an dem Machtwillen der deutschen Bourgeoisie irgend etwas geändert, ist die Reichswehr nicht mehr ein zuverlässiges Instrument der Reaktion, werden die sächsischen Industriellen, die mit allen Mitteln die Bildung des Stahlhelmblades betreiben, nicht sofort die Reichsgewalt zu Hilfe rufen, sobald die Arbeiterkraft nur im geringsten ihre Profite anzutasten versucht, genau so wie sie das gegen die jämmerliche Zeigner-Regierung getan haben?

Man muß mit Blindheit geschlagen sein, um diese Perspektive nicht zu sehen, wenn man nicht bloß Brazen über die „Eroberung der politischen Macht“ macht, sondern ernsthaft an die Eroberung der politischen Macht denkt.

Was ist die Folgerung, die die sächsische Arbeiterkraft aus der klaren Erkenntnis ziehen muß, daß sie von der parlamentarischen Mehrheit allein nicht den geringsten Gebrauch machen kann, wenn sie nicht imstande ist, der organisierten Gewalt der Bourgeoisie eine härtere Gewalt entgegenzusetzen? Soll die sächsische Arbeiterkraft sich damit abfinden, daß sie zwar die zahlenmäßige Mehrheit im Lande ist, daß die Mehrheit der sächsischen Bevölkerung eine proletarische, eine sozialistische Politik will, daß aber die kapitalistische Minderheit durch Gewalt und Korruption ihre Herrschaft aufrechterhält?

Wir haben gesagt, daß die Frage der politischen Macht in Sachsen aufgerollt werden muß, daß sie aber nicht in Sachsen entschieden werden kann. Das bedeutet zweierlei. Erstens, daß das sächsische Proletariat alles aufbieten muß, um in geschlossener, einheitlicher Front keine außerparlamentarische Macht, keine Abwehrorganisationen so zu bilden, daß es die Macht der sächsischen Kapitalisten nicht zu brechen braucht. Das bedeutet zweitens, daß die sächsische Arbeiterkraft in allen Arbeiterorganisationen ihren ganzen Einfluß aufbieten muß, damit das sächsische Proletariat der inoffiziellen Un-

Donnerstag, den 23. September 1926
Bewerbungsstelle
Sonnabend, den 24. September 1926
Freitag, Dienstag, 20. September 1926
22. September, Mitgliederversammlung
haus zu Leipzig
auf der Wüh-
Wittwoch, den
„Gardeteiler“
ber
Deutschen Haus“
ung, Ja er
ktionäre.
Ber:
ng im Restaurant
Straße, Bericht
m der
Funktionärkung
lung bei Wüh-
nd.
Ber:
Sensfelder“, Korn-
Teil: „Der Kom-
ant Wibertholts“
teilung der inter-
kommen.
Vortrag: „Jugend-
Sweizerhaus“ Ju-
Ber:
„Fischerhof“,
Planier spricht
Nr. 5212, auf der
56, lautend, ist
der Aufnahmen
soad, Buchnummer
und Franz Seb-
lichsbücher abge-
igen die Div-
ber:
teilplan, Dolmetsch-
die Funktioni-
Aurt hat.
mber:
verammlung in
ber
ung im Bürger-
den
Stimmung,
Kinder
Bauzern
rganisationen
beiten
ahnhofstraße
G
Konfektion
che, Schuhwaren usw.
anzahlung
es Kundenschein
Dresden
Frauenstr. 12/1
HRRAUER
Mira, Schladitz,
Gito, Naedel
wiese alle
schreibt voll
Woit, Plümtzer Str. 80